

BI

info



Bündnis der Bürgerinitiativen
Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot

www.flughafen-bi.de
Nr. 53 - 21. Jahrgang - Oktober 2001

Fluglärm-Gegner siegen vor Gerichtshof für Menschenrechte

Es gibt ein Recht auf ungestörten Schlaf. Acht britische Bürger, die am Londoner Flughafen Heathrow wohnen, haben mit einem Sieg vor dem Gerichtshof für Menschenrechte ihre Regierung zu einer Korrektur der Nachtflug-Praxis gezwungen. Dieses Urteil kann weitreichende Folgen für alle größeren Flughäfen Europas haben. Die Entscheidung bescheinigt der britischen Regierung, das Menschenrecht der Bürger auf Nachtruhe missachtet zu haben. Sie habe versäumt, „eine faire Balance zwischen der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Vereinigten Königreichs und dem effektiven Recht der Kläger auf Respekt für ihre Wohnhäuser, ihre Privatsphäre und ihr Familienleben herzustellen“. Das Gericht sprach den Klägern Schadenersatz und die Erstattung von Rechtskosten im Wert von 240.000 Mark zu. Das Urteil legt die Regierung zwar nicht auf bestimmte Maßnahmen fest, zwingt sie aber zu einer generellen Neubewertung der Nachtflug-Praxis. Die erfolgreichen Kläger rechnen mit einem Ende des Lärms „in 12 bis 18 Monaten“. Nach diesem Gerichtsurteil habe die Regierung praktisch keine Alternative, als auf Nachtflüge im Raum Heathrow zu verzichten. Das Urteil belege, dass es „keine vorrangigen nationalen Wirtschaftsinteressen“ gebe. Mit großem Interesse haben Anti-Fluglärm-Gruppen überall in

Europa das Urteil registriert. Der Londoner Rechtsexperte Paul Bowden: „Jeder andere Flughafen, jede Behörde und jede Regierung in Europa muss auf dieses Urteil reagieren.“ Die Fraport AG fühlt sich nach neuesten Aussagen vom Urteil nicht betroffen. Aber darüber entscheidet nicht die Fraport. Notwendig ist es allerdings, das jetzt auf Grundlage dieses Urteils mehr politischer Druck entwickelt wird. Die Gerichtsentscheidung „gibt der Diskussion um den Ausbau des Frankfurter Flughafens eine neue Qualität“ stellt der Hessische Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), fest. In seiner Erklärung heißt es: „Nach

dem Urteil werden Flughäfen und Fluggesellschaften in der Nähe von Großstädten ihre Politik umstellen müssen. Die These vom „Recht auf den Nachtflug“ kann man nun nicht länger vertreten, wenn die Nachtruhe der Bevölkerung beeinträchtigt wird“, der BUND. Der BUND hofft, dass die Entscheidung des Gerichtshofs für Menschenrechte auch die Diskussion um das deutsche Fluglärmgesetz beflügeln wird. Nach der Entscheidung des Gerichts werden auch die deutschen Verwaltungsgerichte in ihren Entscheidungen zu einer höheren Gewichtung der Lärmschutzbedürfnisse der Bevölkerung kommen müssen.



Posch untergräbt Nachtflugbeschränkung

Mit der Festlegung von Lärmkontingenten in der Nacht untergräbt Wirtschaftsminister Dieter Posch (F.D.P.) nach Auffassung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Aussagen von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zum Nachtflugverbot von 23.00 und 5.00 Uhr. „Was der Minister heute in einem Bescheid als erträglich für die Menschen bezeichnet, wird er morgen kaum gerichtsfest verbieten können“, kritisiert BUND-Naturschutzreferent Thomas Norgall.

Der BUND fordert erneut die Änderung der Betriebsgenehmigung mit dem Ziel der Nachtruhe und die Festlegung des nächtlichen Fluglärms auf den Grenzwert von max. 45 dB(A).

Mit der Einführung der Lärmkontingente rückt Posch von seinem Versprechen zur „Deckelung“ der Nachtflüge vom 21.12. 2000 ab. Mit dieser Deckelung sollte die Zahl der Flugbewegungen in der sog. „Mediationsnacht“ von 23.00 bis 5.00 Uhr auf 150 Flüge pro Nacht begrenzt werden.

Diese Festlegung auf den Durchschnittsabstand von 2,4 Minuten zwischen zwei Flugbewegungen lagen bereits 25 Bewegungen über dem höchsten je erreichten Durchschnittswert von 125 Bewegungen pro Nacht. Nach nur knapp neun Monaten wechselt Posch nun von der Bewegungs- zur Lärmkontingentierung und schließt weder eine neuerliche Steigerung der Flugbewegungen in der sog. Mediationsnacht noch eine Verlagerung der besonders lauten Flüge in die lärmsensiblen Tages- und Nachtrandzeiten aus.

Überschreitungen der Lärmkontingente wirken sich lediglich auf die Planung des Flugbetriebs im nächsten Jahr aus, bleiben damit aber ohne Konsequenz für die Fluglinien und den Flughafen. Bestenfalls steigt die Differenz zwischen den geplanten und den tatsächlichen Flügen. „Noch zahlloser kann man die Problematik der

Nachtflüge überhaupt nicht angehen“, meint der BUND.

Posch entspricht mit den Lärmkontingenten dem Wunsch u. a. der Lufthansa-Tochter Condor, die sich gegen Bewegungskontingente ausgesprochen hatte, weil ihre relativ (!) leiseren Flugzeuge durch diese Vorgehensweise begünstigt werden.

Das von der sog. Mediation angeordnete besondere Ruhebedürfnis in der Einschlaf- und Aufwachphase sowie den Tagesrandzeiten ab 18.00 und bis 8.00 Uhr ignoriert die neue Regelung völlig.

„Deutlicher als Minister Posch kann man gar nicht umfallen und sich gegen das Ruhebedürfnis der Menschen entscheiden. Kein Mensch kann diesem Minister noch glauben, dass er das sog. Mediationsergebnis umsetzen will“, kritisiert Thomas Norgall vom BUND.

Statt bürokratischer Rechnereien fordert der BUND die Ausrichtung der Lärmgrenzwerte am Gesundheitsschutz für die Bevölkerung. In der Präventivmedizin ist die Begrenzung des nächtlichen Außenlärms auf 45 dB(A) heute Stan-

dard, so dass „am Ohr des Schlafers“ ein Dauerschallpegel von 30 dB (A) nicht überschritten wird. Zur Durchsetzung des „garantierten“ Nachtflugverbots von 23.00 bis 5.00 Uhr müsse Fraport endlich die Änderung der Betriebsgenehmigung beantragen.

Nach dem aktuellen Straßburger Nachtflug-Urteil erweisen sich die Klimzüge des Wirtschaftsministers sowieso als blanker Unsinn. Auch im Posch-Ministerium sollte jetzt schnell umgedacht werden.

Anzeigenpreise Bl info

1/1 Seite DM 1000,-

Höhe 26,3 cm, Breite 18 cm

1/2 Seite DM 600,-

Höhe 13 cm, Breite 18 cm

1/4 Seite DM 400,-

Höhe 13 cm, Breite 8,8 cm

Netto ohne MWST.

(Preise für farbige Anzeigen auf Anfrage).

Das „Bl Info“ erscheint mindestens viermal im Jahr.

Die Auflage liegt in der Regel zwischen 10.000 und 20.000 Exemplaren.

Die Adressaten sind meist ökologisch, politisch und kulturell interessierte, aktive Leserinnen und Leser.



Aus 1000 m Höhe noch gut zu lesen: Fluglärm macht krank. Tausende Bett-Tücher verwendete die Offenbacher Bürgerinitiative für ihre Aktion.

BI aktiv

Unsere Zeitung kann zur Zeit nur vierteljährlich erscheinen.

Im Briefkasten der Redaktion liegen dann viele Berichte und Fotos von den einzelnen Bürgerinitiativen.

Wir veröffentlichen sie gern, auch dann, wenn schon einige Wochen vergangen sind. In der Regel sind es originelle, sympathieweckende Aktionen, die mit viel Engagement und Einsatz vorbereitet wurden. Sicher ist, sie werden noch vielfältiger und sie werden zunehmen.

Rechts: Fest der Bürgerinitiativen in Ginsheim

Unten: „Eimer-Aktion“ auf dem Kirchentag

Ganz unten: Pyjama-Aktion im Flughafen



Der Himmel ist endlich

Die Änderung der Flugrouten ab dem 19.4.2001 hat einigen Fluglärmpgeplagten etwas Entlastung beschert. Dafür haben andere Gemeinden noch mehr Lärm als vorher zu erdulden. Beschwerden kommen auch aus Gegenden, in denen das Thema Fluglärm bisher unbekannt war, etwa aus dem Taunus. Dort fordert die Bevölkerung eine erneute Änderung der Flugrouten, diesmal zu ihren Gunsten.

So verständlich der Ärger über den Lärm ist, so kann man die wesentliche Tatsache nicht leugnen, daß jede Änderung der Luftstraßen automatisch eine Verlagerung des Lärms in andere Gemeinden zur Folge hat.

Der Flughafenbetrieb wird Tag für Tag optimiert. Das beschönigende Wort bedeutet, daß mittels verbesserter Techniken die Zahl der Flugbewegungen immer weiter gesteigert wird. Eine Diskussion ausschließlich um Flugrouten, die

möglichst wenig Menschen belasten, geht deshalb am Kern des Problems vorbei. Außerdem lehnt das Bündnis der Bürgerinitiativen den darin steckenden Zynismus ab, anderen Teilen der Bevölkerung den Lärm aufzubürden, den man selbst nicht haben möchte. In dem dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet gibt es keine unbesiedelten Gegenden, in denen der Fluglärm niemanden stören würde.

Die Ausbaubefürworter machen den Menschen in der Region falsche Versprechungen. Ein verkürztes Nachtflugverbot von 23-5 Uhr soll für 6 Stunden Ruhe schaffen. Abgesehen davon, daß selbst das zerredet wird, verschweigen die Verantwortlichen, daß der Flugbetrieb in den Tagesrandzeiten dann um so stärker sein wird. Es wird außerdem behauptet, eine neue Landebahn könne zur Entlastung einiger besonders vom Fluglärm gebeutelter Gebiete beitragen, in dem Starts und Landungen anders

verteilt würden. Wer ein wenig in die Geschichte zurückblickt, weiß, daß das nicht stimmt. Schon der Bau der Startbahn 18 West wurde u.a. damit begründet, durch sie käme es zu einer räumlichen Entzerrung der Flugbewegungen und dadurch zu einer Entlastung der Bevölkerung. Das war eine Lüge.

Die Steigerung der Flugbewegungen, ermöglicht durch den Bau der Startbahn West, hat für alle Betroffenen mehr Lärm zur Folge gehabt. Und er steigt von Jahr zu Jahr.

Der gleiche Effekt wird durch einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens und der damit einhergehenden Kapazitätssteigerung erzielt werden. Dann werden selbst diejenigen, die sich vielleicht heute noch erfolgreich gegen die Flugrouten über ihren Wohnort wehren, nicht mehr verschont bleiben. Der Himmel ist endlich und der Platz für die steigende Zahl der startenden und landenden Flugzeuge wird aufs letzte ausgenutzt werden.

Nur wenn wir uns alle gemeinsam gegen die Flughafenerweiterung wehren, kann es uns gelingen, weitere Lärmbelastungen zu verhindern.

Petra Schmidt, Mörfelden-Walldorf



Infos

Info-Material der Bürgerinitiativen bestellen bei:

Käthe Reiß
Kelsterbacher Straße 90
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/42730,
Fax 282980

Impressum
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt/M
c/o Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt
Tel. 069/355464, Fax 356585
www.flughafen-bi.de
Redaktionsadresse und Layout:
Rudi Hechler, Hochstr. 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/22362
Fax 06105/297381
rudi.hechler@nexgo.de
Druck: Drach, Alsbach

Das ROV hat begonnen

Bürgerinnen und Bürger sollten sich einmischen

Beschluss des Bündnisses der Bürgerinitiativen gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens vom 23. 8. 2001

Raumordnungsverfahren - ROV Zielsetzung und Grundlinie

Im Oktober beginnenden Raumordnungsverfahren – ROV können Bürger gegen die drei Ausbauvarianten Bedenken und Anregungen äußern. Die Bürgerinitiativen nutzen das ROV um zu zeigen, dass die Bürger „mitmischen“, qualifizierte Einwendungen vortragen und als Vorbereitung für das ab Mitte 2002 folgende Planfeststellungsverfahren – PFV. Wir zeigen, daß die bestehende Belastungen durch den Flughafen bereits raumplanerisch zuviel und eine Erweiterung, egal welcher Variante, nicht raumverträglich ist. Es wird zum ROV keine breite Mobilisierung geben, es wird aber darauf orientiert, dass eine politisch und qualitativ ausreichende Zahl von Einwendungen zusammenkommen.

**Orientierung ist dabei:
Einer für 1000 = eine Einwendung
pro tausend Bürger.**

Wir machen deutlich, dass das ROV ein erster Schritt ist, dass die Bürger vermutlich keine Antworten vom RP bekommen werden und dass die entscheidende Aktion im Planfeststellungsverfahren laufen wird. Im PFV kommt es dann darauf an, flächendeckend vorzugehen und eine möglichst große Anzahl von Bürgern für Einwendungen zu aktivieren. Dabei orientieren wir uns am Schönfelder-Mo-

dell: Fragebögen verschicken, Einsammeln, persönliche Beratung, in Datenbank eingeben, Briefe schreiben und umsetzen.

ROV = gelbe Karte
PFV = rote Karte

Im ROV und PFV wird ein enges koordinierten und abgestimmten Handeln zwischen Bündnis der BIs, BUND und Kommunen angestrebt. Diese Partner bilden einen gemeinsamen Koordinationsausschuss. Vereine wie unser Institut, LAERM, der Flörsheimer Verein und andere werden – falls gewünscht – als Unterstützer genannt und gleichberechtigt behandelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Auslegezeitraum der Unterlagen verlängert wird.

Maßnahmen zum ROV

Zum ROV werden folgende Maßnahmen werden beschlossen:

- BI organisieren Einwendungen vor Ort von Anfang Oktober bis Mitte November
- Die BIs führen Oktober bis Mitte November Infoveranstaltungen vor Ort zum ROV durch
- Die BIs informieren und beraten vor Ort über das ROV (z.B. Broschüre der AG ROV nutzen, Infotelefon einrichten, Besuche organisieren, Beratungen in Bürgerbüros der Gemeinden organisieren, Infomobil des Kreises Gross-Gerau unterstützen.)
- Das Bündnis der BIs, der BUND und die Kommunen bilden einen Koordinationsausschuss mit je einem Vertreter. Jedem Partner steht es frei, eigene Aussagen und Aktionen zum ROV zu machen.
- Wir unterstützen es, dass die aufzubauende Datenbank von profutura betrieben wird.

Wir werden zusätzliche Aktionen zum ROV und PFV durchführen.

Bildentwurf von Lu/Hanna Bopp Datum: 01.02.2001



Bauplatzbesetzung in Amsterdam

Zwei Tage später als ursprünglich geplant begann die Bauplatzbesetzung im Bulderbos, („u“ gesprochen wie „ö“ in Böller, „o“ gesprochen wie in Moos. Bulder bedeutet etwa Donnern, Grollen. Bos heißt Wald.)

Der „Donnerwald“ das sind zwei Grundstücksparzellen, die Milieudéfense, der holländischen Schwesterorganisation des deutschen BUND, gehören. Die eine liegt an der Grenze, die andere mitten auf der Baustrasse der geplanten fünften Landebahn des Amsterdamer Flughafens Schiphol. Geplante Bahn ist zuwenig gesagt, die Bauarbeiten haben schon längst begonnen und die Trasse wäre schon längst betoniert, wäre da nicht ... ja, genauso wie in Asterix-Geschichten liegt inmitten einer riesigen Baustelle ein kleines viereckiges Grundstück von ca 30x30 Metern Grundfläche. Ringum eingezäunt inklusive Zufahrtsweg, bewachsen mit vielen Bäumen, die vor 6 Jahren von engagierten Umweltschützern und Flughafenausbaugegnern aus ganz Europa dort gepflanzt worden waren. Einer übrigens von Gegnern der Flughafenerweiterung Frankfurt, die seinerzeit mitsamt Baum per Bahn angereist waren.

Schon an den vorigen Tagen wurden Wohnwagen, Zelte, Windräder zur Stromerzeugung und große

Kunstobjekte im Bulderbos aufgebaut.

Am Freitag 21. September 2001 war „Eröffnungsempfang“ für Presse und Platzbesetzer gleichermaßen. Ca 40 Personen waren anwesend: Fernsichtteams, Rundfunk- und Zeitungsreporter. Gäste aus Belgien, Deutschland, England, Norwegen. Künstler stellten ihre Objekte vor oder spielten eigens komponierte Stücke. Aktive der Bürgerinitiativen gegen Flughafenerweiterungen aus Frankfurt, Brüssel und London hielten kurze Redebeiträge. (Den Beitrag des Bündnisses aus Frankfurt finden Sie in Deutsch und Englisch auf der Homepage des Bündnisses <http://www.flughafen-bi.de>

Am Dienstag den 25. September wurde die Gerichtsentscheidung des Gerichts im Enteignungsverfahren gefällt. Wie befürchtet, wurde dem Antrag der Flughafen-gesellschaft stattgegeben, jedoch werden die Bulderbos-Besitzer Berufung einlegen.

Solange darüber nicht entschieden ist, kann das Gelände nicht zwangsweise geräumt werden.

Am 8. Oktober wird von einem anderen Gericht in Fragen des Luftfahrtgesetzes verhandelt werden; bis dahin soll die Platzbesetzung weitergehen. Anschließend wird eine Bulderbos-Wache weitergeführt.

Eine kleine Attraktion besonderer Art ist das eingerichtete „Studio Bulderbos“. Eine Online-Internetverbindung direkt zum besetzten Platz. Dort haben engagierte junge Leute in einem Wohnwagen ein Internetstudio eingerichtet. Per Web-Kamera kann man Live-Bilder des Lagers sehen. Zu bestimmten Zeiten gibt es Chats und vieles mehr.

Von der Seite www.milieudéfense.nl/bulderbos/ führt ein Link zur Web-Kamera, dem Tagebuch und einem Fotoalbum.



Menschlichkeit ist nicht teilbar

Der Anschlag in den USA ist grauenhaft und durch nichts zu rechtfertigen. Die Tötung tausender von Menschen ist Horror.

Die Bilder der brennenden und einstürzenden Hochhaustürme wurden täglich und andauernd in die Beschaulichkeit deutscher Wohnzimmer gesendet. Sie hinterlassen Hilflosigkeit und Entsetzen. Die Medien und Politiker sprechen von „Kriegsterror“ gegen die USA, vom Angriff auf die „zivilisierte“ Welt. US Präsident Bush ruft zum „Kreuzzug“ der Guten gegen das Böse auf. Die USA bereiten sich auf eine Militärintervention vor. Das NATO-Bündnis stellt für sich den „Verteidigungsfall“ fest. Der Kanzler und die Regierung stehen hinter den USA, sichern militärische Unterstützung zu. Protagonisten von „Law and Order“ und eines Überwachungsstaats haben Hochkonjunktur...

In diesem Krieg wird die Notwendigkeit gesehen „Staaten auszulöschen“ (US-Verteidigungsminister Rumsfeld). Was das bedeutet, können wir nur ahnen: Auf Terrorstrukturen und Diktatoren wird propagandistisch gezielt, die Bomben aber fallen auf die Zivilbevölkerung.

Ob Saddam Hussein, Taliban oder Osama Bin Laden: Sie sind alle auch Ziehkinder der USA, von ihnen bezahlt und aufgerüstet, um Kriege im Interesse und Westeuropas zu führen. Saddam war ein nützlicher Verbündeter solange er gegen den Iran stand, die Taliban und Bin Laden waren nützliche Helfershelfer gegen die Sowjetunion. In der Auseinandersetzung um Einflusszonen und Territorien, bleiben soziale und demokratische Bewegungen auf der Strecke. Dies alles passiert um nur eins nicht ändern zu müssen: Eine ungerechte Weltordnung, die den Wohlstand der „zivilisierten“ Welt sichert. Die globalisierte Ökonomie führt zu weiterer Umverteilung des Reichtums von Arm nach Reich,

ganze Weltregionen werden einfach als nicht verwertbar abgeschrieben. Im Rahmen von neoliberalen Struktur Anpassungen werden einmal erkämpfte soziale Sicherungssysteme ausgedünnt. Die hemmungslose Zerstörung von ökologischen Ressourcen vernichtet die Lebensgrundlagen tausender Menschen, die Profite fließen in die ökonomischen Zentren. Während nationale Grenzen für den Handel verschwinden, werden eben diese Grenzen für Menschen oft tödlich. Menschenrechte sind Privileg-Folter, Mord und Totschlag sind zur Durchsetzung internationaler Konzerninteressen nicht unüblich.

Es sind die Gleichen, die für diese barbarischen Verhältnisse verantwortlich sind, die jetzt für einen Vergeltungskrieg der „zivilisierten“ Welt rüsten.

Die Bilder aus Nordamerika lassen den täglichen Horror in den Hintergrund treten, einen Horror, der täglich Tausende des Hungers sterben lässt. Sie lassen vergessen, dass täglich Tausende von Menschen an medizinisch beherrschbaren Krankheiten sterben, dass täglich Menschen von in der „zivilisierten Welt“ hergestellten Landminen zerrissen werden ... Herrschaftsverhältnisse und die daraus erwachsenden Lebensbedingungen sind in der alltäglichen Wahrnehmung unspektakulär - aber nichtsdestoweniger tödlich. Betroffenheit und Trauer werden dann zur Schande, wenn Betroffenheit

und Trauer nur beim Verlust von Menschen aus der Metropole empfunden werden. Menschlichkeit ist nicht teilbar!

Im Falle eines Kriegseinsatzes der USA und der Nato kommt die militärische Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens voll zum tragen. Auch nach der Verlagerung der US-Airbase nach Ramstein wird der Frankfurter Airport bis 2005 von der USA logistisch genutzt. (Auch über diesen Zeitpunkt hinaus bietet das „War Host Nation Support Abkommen“ die Möglichkeit eines militärischen Zugriffs auf die Infrastruktur des Flughafens). Kampftruppen, Waffen und anderes kriegswichtiges Material werden in Frankfurt ein und ausgeflogen. Der Frankfurter Flughafen war im Vietnamkrieg, in den Nah-Ost-Krisen, im Balkankrieg stets wichtigstes und unverzichtbares Element militärischer Logistik. Eine Tod und Verderben bringende Maschinerie direkt vor unserer Haustür. Mit Sicherheit tödlich für die am Zielort der Waffen lebenden Menschen im Falle eines Krieges, potenziell bedrohlich auch für die Menschen des Flughafen-Umlands, im Falle eines Unfalls oder eines Anschlags.

**Gegen die militärische Nutzung des Frankfurter Flughafens.
Gegen eine Eskalation des Terrors -
Kein NATO-Krieg.**

*Arbeitskreis Umwelt
Wiesbaden (AKU)*



*Makaber. Ein Berliner CDU-Plakat, das mittlerweile zurückgezogen wurde. Text: SPD, PDS und Grüne gefährden Berlins Zukunftsprojekt Nr. 1!
Die CDU unterstützt den Bau des Großflughafens und damit die Schaffung von über 50.000 Arbeitsplätzen. Irgendwie kommt das Versprechen doch bekannt vor.*

Bannwald „relativ unersetzlich“?

Bannwald ist für das Wohl der Allgemeinheit unersetzlich und darf folglich nicht angetastet werden. So sieht es das Gesetz vor und logisches Nachdenken bestätigt diese Schlussfolgerung. Nun soll dieser Kausalzusammenhang von Wald und Allgemeinwohl plötzlich zur Disposition stehen. Der Grund: Nur dann kann der geplante Flughafen ausbau überhaupt stattfinden. Denn der Standort der neuen Landebahn ist mitten im Bannwald.

„Wo kommen wir eigentlich hin, wenn jedes Gesetz der Beliebigkeit anheimfällt und bei entsprechendem Druck von Interessengruppen einfach gekippt werden kann? Minister Dietzel hat mit solchem Vorgehen Erfahrung. Ob Kellerwald oder Kelsterbacher Wald – stets ist er folgsam auf Seiten derer, die kommerzielle Interessen vertreten.“ Aus gutem Grund ist eine Aufhebung des Bannwaldgesetzes nicht vorgesehen. Es ist die Pflicht eines Volksvertreters, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, und nicht, sich zum Büttel eines Konzerns machen zu lassen. Insbesondere dann nicht, wenn es um wissenschaftlich abgesicherte Zusammenhänge geht, wie im Falle des Bannwaldes.

Der Flughafen ausbau ist nach herrschender Rechtslage nicht genehmigungsfähig. Darf man Gesetze dann einfach „passend machen“, wenn es opportun erscheint – oder sind sie nicht im Gegenteil dazu da, bestimmte Regeln und Grenzen für alle gleichermassen festzuschreiben? Das Bündnis der Bürgerinitiativen wird sich im Rahmen des anstehenden Raumordnungsverfahrens intensiv mit der Bannwaldfrage befassen und verweist auf das hessische Landesplanungsgesetz, in dem gefordert wird, dass „die natürlichen Grundlagen des Lebens erhalten und nachhaltig gesichert“ werden sollen. Der Bannwald gehört unzweifelhaft zu diesen Lebensgrundlagen! Das Bündnis fordert auch die Kommunen auf, bei ihren Einwendungen diesen Punkt einzubeziehen.



Besuchen Sie uns im Internet

Auf unseren Seiten finden Sie die Veranstaltungshinweise, aktuellsten Informationen, Links zu anderen Bürgerinitiativen, Fotos, Pläne, Dokumentationen zum herunterladen und vieles mehr. Einfach mal anklicken:

www.flughafen-bi.de

Ohne Moos nix los!

**Wir brauchen Plakate, Zeitungen,
Flugblätter, Transparente,
wenn wir Erfolg haben wollen.**

**Wir bitten daher dringend um Spenden:
Öko-Bank Frankfurt
Bankleitzahl 50090100,
Konto-Nr. 6112340**

Aus 1000 m Höhe noch gut zu lesen:
Die Mahnung in Offenbach.
00000 Bett-Tücher verwendete die
Bürgerinitiative für ihre Aktion.



Wirtschaftsminister Posch untergräbt Nachtflugbeschränkung

Wieder mehr Nachtflüge am Frankfurter Flughafen

Mit der Festlegung von Lärmkontingenten in der Nacht untergräbt Wirtschaftsminister Dieter Posch (F.D.P.) nach Auffassung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Garantie von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zum Nachtflugverbot von 23.00 und 5.00 Uhr. „Was der Minister heute in einem Bescheid als erträglich für die Menschen bezeichnet, wird er morgen kaum gerichtsfest verbieten können“, kritisiert BUNDnaturschutzreferent Thomas

Norgall. Der BUND fordert erneut die Änderung der Betriebsgenehmigung mit dem Ziel der Nachtruhe und die Festlegung des nächtlichen Fluglärms auf den Grenzwert von max. 45 dB(A). Mit der Einführung der Lärmkontingente rückt Posch von seinem Versprechen zur „Deckelung“ der Nachtflüge vom 21.12.2000 ab. Mit dieser Deckelung sollte die Zahl der Flugbewegungen in der sog. Mediationsnacht von 23.00 bis 5.00 Uhr auf 150 Flüge pro Nacht begrenzt werden. Diese Festlegung auf den Durchschnittsabstand von 2,4 Minuten zwi-

schen zwei Flugbewegungen lagen bereits 25 Bewegungen über dem höchsten je erreichten Durchschnittswert von 125 Bewegungen pro Nacht. Nach nur knapp neun Monaten wechselt Posch nun von der Bewegungs- zur Lärmkontingentierung und schließt weder eine neuerliche Steigerung der Flugbewegungen in der sog. Mediationsnacht noch eine Verlagerung der besonders lauten Flüge in die lärmsensiblen Tages- und Nachtrandzeiten aus. Überschreitungen der Lärmkontingente wirken sich lediglich auf die Planung des Flugbetriebs im nächsten Jahr